

Zweckentfremdungssatzung:

FDP gegen Online-Portal

Die Verwaltung bereitet den Entwurf für eine Zweckentfremdungssatzung vor. Dafür hat sich insbesondere die SPD-Stadtratsfraktion starkgemacht. Alexander Liebel von der FDP hingegen sieht die Notwendigkeit nicht. Er warnt vor allem davor, ein Online-Portal einzurichten, auf dem Bürger Verdachtsfälle melden sollen.

„Ich hoffe sehr, die Mehrheit im Stadtrat wird sich dieser Forderung nicht anschließen und ein deutliches Zeichen dagegen setzen“, betont Liebel mit Blick auf das von der SPD geforderte Online-Portal. „Da kann es nur ein striktes Nein geben.“

Es habe parteiübergreifend einen lauten Aufschrei gegeben, so Liebel weiter, als die AfD in einigen Bundesländern Online-Portale einrichtete, um Schülern und Eltern die Möglichkeit zu geben, Lehrkräfte zu melden, die sich vermeintlich falsch verhalten. „Was sollen selbst ernannte ‚Ordnungshüter‘ in Zukunft denn noch melden?“, kritisiert der FDP-Stadtrat. „Das ist eine äußerst gefährliche Entwicklung, die ich zutiefst ablehne.“

Wie berichtet, arbeitet das Wirtschaftsreferat derzeit an einer Zweckentfremdungssatzung, wie es sie auch schon in München gibt. Diese soll unter anderem verhindern, dass Wohnungen zu Ferienwohnungen umfunktioniert werden. In Nürnberg wurde eine solche Satzung im Jahr 2001 abgeschafft, weil sich der Aufwand nicht gelohnt hatte. *gs*